

Einige Leute haben zu der Diskussion über die Bildungs- und Hochschulpolitik ein Papier erarbeitet, das ihre Vorstellungen formuliert. UNIMUT gibt dieses Papier - in gekürzter Form - hier wieder:

Ein studentischer Entwurf für die Hochschullandschaft der Zukunft

1. Grundgedanken

Die Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs der Bundesrepublik Deutschland (Universitäten, Fachhochschulen, zum Teil Berufsakademien) befinden sich z. Zt. in einem Prozeß der Neudefinition ihrer Rolle. Zu den traditionellen Rollen der Hochschulen als "Zukunftswerkstätten", Träger der gesellschaftlichen Veränderung und Weiterentwicklung und des kritischen Bewußtseins, werden in der momentanen Diskussion zunehmend ökonomisch orientierte Ansprüche, die immer schon vorhanden waren, eingefordert. Bildung wird zunehmend auf ein rein ökonomisches Gut reduziert. Der individuelle Anspruch auf wissenschaftliche Bildung wird dabei immer stärker durch die Notwendigkeit einer berufsorientierten Ausbildung verdrängt, zumindest in der subjektiven Wahrnehmung der Studierenden. Die Freiheit einer bewußten Entscheidung für einen Lebensabschnitt und der Persönlichkeitsentwicklung wird dadurch eingeschränkt.

Die allgemeine Hochschullandschaft muß durch eine horizontale Gliederung, die vor Studienbeginn die möglichen Alternativen und Möglichkeiten offen aufzeigt, charakterisiert werden. Darunter ist die Aufteilung der Hochschulen in Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien zu verstehen. Die Universitäten sollen wissenschaftlich orientiert sein, mit dem Anspruch einer allgemeineren wissenschaftlichen Bildung anstelle einer berufsspezifischen Ausbildung, die statt dessen auf einem hohen Qualifikationsniveau von den Fachhochschulen übernommen wird. An den Fachhochschulen steht diese berufsfeldspezifische, praxisnahe Ausbildung, die wissenschaftliche Methodik durchaus beinhaltet, im Vordergrund. Die Berufsakademien als dritte Option für tertiäre Bildung vor allem im Sektor Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich können im Falle einer bundesweiten Anerkennung für viele Studierende eine sinnvolle Alternative zur Universität darstellen. Dies zeigt einen möglichen Ausweg aus der "Hochschulkrise". Viele Studierende befinden sich heute nicht freiwillig, sondern aus Mangel an Alternativen an der Universität. Sie vermissen den Praxisbezug und eine Berufsorientierung. Ein bundesweiter, massiver Ausbau der Fachhochschulen und eine Ausweitung des an Fachhochschulen angebotenen Fächerspektrums hätte für alle Beteiligten grundlegende Vorteile. Entlastung der Universitäten, Aufwertung der Fachhochschulen und eine praxisnähere Ausbildung für diejenigen, die sich durch ein theoretisches Universitätsstudium quälen.

Die im Moment diskutierte vertikale Aufteilung des Universitätsstudiums in eine berufsqualifizierende Phase und ein darauf aufbauendes Graduiertenstudium bzw. die Einführung eines Kurzstudiums

"Bakkalaureus" an den Universitäten ist aus unserer Sicht keine Lösung des Problems, da es zu einer stärkeren Reglementierung des Universitätsstudiums anstelle des Anbietens von Alternativen im Bildungsweg führt und das Universitätsstudium generell abwertet. Auch das Drängen der Fachhochschulen auf eine stärkere Wissenschaftsorientierung geht in die falsche Richtung. Stattdessen ist eine größere Durchlässigkeit zwischen den Institutionen anzustreben, d.h. der Übergang von der Fachhochschule zur wissenschaftliche Weiterqualifikation an der Universität muß ermöglicht werden. Wichtig an dieser ist noch die Forderung, an jeder Universität ein breites Spektrum an Fächern, insbesondere Geistes- und Naturwissenschaften anzubieten, um die gesamten in diesem Text erwähnten Aufgaben der Universitäten wahrnehmen zu können.

Hörsäle



"Es tut mir leid, daß Sie so beengt sitzen und so viele von Ihnen stehen müssen..."

Unimut

2. Grundkonzeption zum Aufbau eines Universitätsstudiums

Im folgenden werden die wichtigsten Eckpfeiler einer Reform des Studiums dargestellt:

2.1. Hochschulzugang

- Aufrechterhaltung des "Öffnungsbeschlusses".
- Beibehaltung des Abiturs als allgemeine Hochschulzugangsberechtigung.
- Erweiterung des Hochschulzugangs auf Personen, die früher schon studiert haben oder Zusatzqualifikationen erwerben wollen und nicht unbedingt ein Abitur haben.
- Entwicklung fachspezifischer Kriterien als alternative Zugangsberechtigung zum Abitur.

2.2. Grundstudiumskonzeption

- Hauptaufgabe der Studienanfangsphase: Ermöglichen, zu erkennen, ob der gewählte Studiengang den persönlichen Vorstellungen entspricht.
- Breites studienbegleitendes Beratungs- und Informationsangebot.
- nach dem Vorbild des Leibnitz-Kollegs Ermöglichung des Besuchs einführender Veranstaltungen anderer Fakultäten zur Orientierung.

- Im gewählten Fach Erlernen der fachspezifischen Methodik und Anfertigen betreuter selbständiger Arbeiten, um einen möglichst vollständigen Einblick in das Fach zu geben.
- studienbegleitende Information über die Berufsfelder.

2.3. Leistungskontrollen

- zeitliche Homogenität, d.h. gleichmäßige Verteilungen der Prüfungen etc.
- Schwerpunkt auf selbständigem Erarbeiten u. Anwenden der wissenschaftlichen Methodik.
- Erleichterung der Anerkennung von Studienleistungen, die an anderen Universitäten oder im Ausland erbracht wurden.

2.4. Hauptstudium

- hoher Grad an selbstbestimmter Themen- und Methodenwahl.
- in zunehmendem Maße selbständige wissenschaftliche Arbeit.
- Mitarbeit in Projekten und Forschungsgruppen als Einführung in die Praxis wissenschaftlicher Arbeit.
- Stärkere Betonung der Möglichkeit interdisziplinärer Arbeit.
- Abschluß jedes Universitätsstudiums soll eine eigene wissenschaftliche Arbeit sein.
- Im Hauptstudium stärkere Ermöglichung des Hochschulzugangs von außen (Fachhochschulen, Berufsakademien und Personen, die früher schon einmal studiert haben).



"...aber Sie würden es bald bequemer haben!"

3. Demokratie an den Hochschulen

Eine Aufgabe der Hochschulen ist es, Wissen zu vermitteln und zu schaffen. Sie sollen auf allen Gebieten der Wissenschaft eine kritische Vorreiterrolle übernehmen. Dies heißt einerseits für eine Wissenschaft innerhalb einer modernen Gesellschaft, daß Demokratie ein sich immer wiederholender und weitergeführter Prozeß ist, der sich in der Wissenschaft widerspiegeln muß. Andererseits heißt Wissenschaft auch, miteinander im Diskurs zu stehen, Argumente austauschen und akzeptieren zu können - wesentliche Grundvoraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft. Die anregende Diskussion in den Wissenschaften und direkt angewandt in den Institutionen der Wissenschaft könnte und sollte eine Wechselwirkung mit der Gesellschaft eingehen.

Gesundheitsstrukturgesetz

Das Hauptargument gegen bestehende Vorschriften ist, die deutsche Wissenschaft müsse konkurrenzfähig bleiben, da die Genforschung in den anderen Ländern weitaus größere Fortschritte mache. Angesichts der spekulativen Begründung des oben angeführten minimalen Risikos ist die unsäglich langwierige deutsche Bürokratie geradezu von Vorteil. (Ausnahmen wie bei dem oben angeführten Anhörungsverfahren wären näher zu untersuchen...d.S.)

Selbst wenn dem so wäre: wohin fortschreiten? und wer profitiert von der Forschung? Gerade bei den derzeitigen Entwicklungen in der Gentechnik drängt sich doch auch die Frage nach dem wirtschaftlichen Nutzen auf.

Zurück zum Ausgangspunkt: Wer profitierte von den Freisetzen in Northeim? Die Chipsindustrie. Die bemängelt nämlich, daß herkömmliche Kartoffeln zu viel Wasser enthalten, was beim Fritieren zu sehr spritzt. Durch eine veränderte Stärkezusammensetzung soll dem abgeholfen werden. Und wenn nebenher noch ein Patent für einen stärkeproduzierenden Faktor abspringt...

Das nächste wäre dann - gentechnisch nämlich - ein Medikament gegen die Folgen der durch zu viel Fett verursachten Zivilisationskrankheiten zu entwickeln. Oder (in den USA wird ja bereits menschliches Erbgut patentiert): wir schaffen gleich den dagegen resistenten Menschen, Copyright by *Chips & Co KG*. Damit wir uns auch morgen mit der Chipstüte in der Hand vor der Glotze über das Elend der "Dritten Welt" empören können!

Kirsten

Literatur:

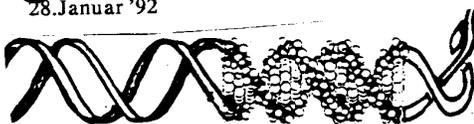
Auf der Suche nach dem "Super-Reis". FAZ 21.Juli '92
Joachim Spangenberg: Das Grüne Gold Der Gene. Vom Angriff der Gentechnik

auf das Leben in der 3.Welt, Wuppertal 1992

Pat Mooney/Cary Fowler: Die Saat des Hungers. Wie wie die Grundlagen unserer Ernährung vernichten. Reinbek 1991

Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung (Köln): Pflanzenproduktion und Biotechnologie. Köln 1992

• Hackrüben genetisch verändert. FAZ 28.Januar '92



Völlig veraltete Klassenkampftheorie

Was den Armen zu wünschen wäre für eine bessere Zukunft?

Nur daß sie alle im Kampf gegen die Reichen so unbeirrbar sein sollen so findig und so beständig wie die Reichen im Kampf gegen die Armen sind

Erich Fried

Für Gläubige und Ungläubige MedizinerInnen, Zahnis, PharmazeutInnen und alle anderen MitbürgerInnen

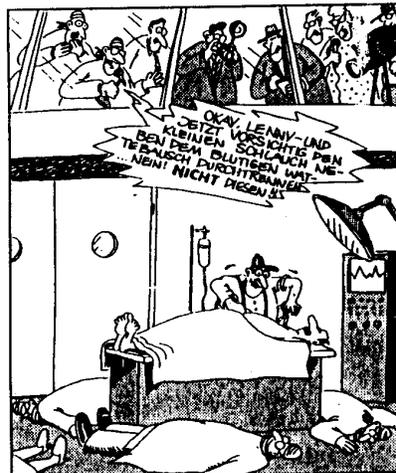
Es geht um die Niederlassungssperre, um das Gesundheitsgesetz, und dieses Gesetz geht uns alle an. Es ist ein Gesetz das unsere Zukunft formt, das entscheidend in die Lebensplanung vom jedem eingreift. Viele von uns glauben sie kämen davon aber das ist nichts als Selbsttäuschung. Deswegen wäre es dummlich sich noch nicht einmal über diese Gesetz zu informieren. Der AK Seehofer (FS Medizin) hat zu diesem Thema am 1. Februar eine Informations- und Diskussionsveranstaltung organisiert. Es werden im nächsten Semester weitere Folgen.

Warum gibt es dieses Gesetz? Es muß gespart werden. Die Beitragssätze steigen, so geht es nicht weiter. Was macht dieses Gesetz?

Es budgetiert; es gibt ein Budget fürs Krankenhaus, das nicht überschritten werden darf, für Arztleistungen, für Medikamente, eben auch für die Arztzahlen. Und die PatientInnen müssen mitzahlen, für Medikamente, für Krankenhausaufenthalte.

Das Gesetz ist jetzt in Kraft getreten, und manches war wohl nicht anders zu machen. Aber eine Novelle steht vor der Tür. Damit beginnt sich das Karussell wieder zu drehen, und wir müssen uns daran beteiligen! Zu fragen wäre, ob es bessere Sparmöglichkeiten gibt als gerade die Niederlassungssperre, zu fragen wäre, ob das Abrechnungssystem verändert werden müsste, zu fragen wäre, wie das Gesundheitssystem seinen Status als Selbstbedienungsladen von Ärzten und Patienten verlieren könnte, ohne an Qualität einbüßen zu müssen.

Das Wichtigste ist nun daß wir informiert bleiben und dadurch die Kompetenz erwerben gemeinsam gegen die vorhan-



Weil das Doktoronteam auf rätselhafter Weise ausgefallen war, wurde Leonhard Knudsen, einer der zufällig anwesenden Pfleger, zur letzten Hoffnung für den Patienten

denen Ungerechtigkeiten anzugehen. Nur so wird sich in der Struktur des Gesundheitswesens etwas Fundamentales zum positiven ändern, nicht nur in Bezug auf unsere Arbeitsplätze. Der AK Seehofer trifft sich jeden Montag um 18.00 Uhr im Fachschaftsraum Medizin, INF 306 im Erdgeschoss.

Stefan



Editorial

Vielgehaßte LeserInnen!

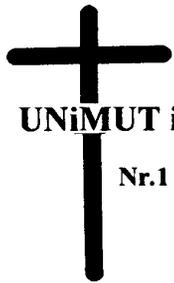
Wieder geht ein Semester zuende. Und auch in diesem Semester hat UNIMUT wieder einen Rekord aufgestellt: Die kürzeste Redaktionsnacht aller Zeiten: 5h! Die Ursachen dafür sind noch nicht vollständig aufgeklärt - erste Vermutungen besagen, daß es zum Teil wohl an unserem neuen Mitredakteur liegt - der durch Einführung von Klarsichtfolien unser Konzept grundlegend revolutionierte - auf einmal war der Durchblick da!!! (30 cm hohe Papierstapel sind halt doch nicht so übersichtlich, wie wir immer dachten....) Erstaunlich ist allerdings, daß wir diesen Rekord trotz Anschaffung eines neuen Computers geschafft haben.... Dafür hat unsere Hausdruckerei, die Druckwalze, unter den technischen Innovationen leiden müsse: Die Seitenzahl ist sprunghaft angestiegen... Mittlerweile haben wir das aber wieder im Griff (achtz!). Zum Schluß möchten wir uns noch bei unserem lieben M.H. bedanken, der unsere Redaktionsnächte telefonisch mitverfolgt hat. Zum Schluß eine Bitte an Euch: Seid doch so gut und vergeßt Eure Rückmeldung - dann sind wir Euch endlich los!

Christiana
cu



unimut

In tiefer Trauer nehmen wir nach 64 Ausgaben Abschied von unserer geliebten Altstadt-Ausgabe des UNIMUTs. Nach einem viel zu kurzen Leben wurde er plötzlich und unerwartet in der Altstadt nicht mehr verteilt.



UNIMUT in der Altstadt

Nr.1 bis Nr. 64

Die Beerdigung fand am vergangenen Montag im engsten Redaktionskreis statt.

Die Redaktion lebt nun zurückgezogen im Neuenheimer Feld und macht den UNIMUT nur noch für diejenigen, die ihn noch zu verteilen bereit sind. Um den Altstädtern aber noch davon kund zu tun, wird diese Ausgabe ein letztes mal für die Altstadt gedruckt und verteilt.

Podiumsdiskussion der Fachschaft Sport, am 10.02.1993 um 19.00 Uhr zum Thema:

Sexuelle Gewalt gegen Frauen

Auf dem Podium sitzen:

Dörte Danzig, Frauenbeauftragte der Stadt
Eine Rechtsanwältin
Ein Vertreter der Polizei
Eine Vertreterin des Frauenhauses
Eine Vertreterin des "Notrufes"
Ein Vertreter von "Männer gegen Männergewalt"

Die Veranstaltung findet im ISSW (Institut für Sport und Sportwissenschaft) INF 700 statt.

Inhalt

Vollversammlung	1
Mit Chips gegen Hunger	2
Gesundheitsstrukturgesetz	3
Editorial	3
Dem lebendigen Geist	4
Anmerkungen dazu	6
Der neue § 218	6
Auf nach Magdeburg	6
Unimut Altstadt	7
Termine	7
Initiative für ein Kulturcafé	8

Wanzen

Mittwoch, 03.02.

- 18.15, Vortrag: "Der Orientaler Gustav Bauernfeind: 1848-1904" von Prof. A. Carmel (Haifa), Hochschule für Jüdische Studien, Friedrichstr.9.
- 19.30, Podiumsdiskussion zum Thema "Der 'neue' §218 - Chance oder Gefahr", FS Jura (näheres siehe Artikel in dieser Ausgabe), Heuscheuer II.

Donnerstag, 04.02.

- 16.00, Treffen der Gruppe "Studierendenberatung", FS Raum Medizin, INF 306.
- 19.00, Vortrag: "Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland nach der Vereinigung" von Prof. M. Kaase im Rahmen des IPW Forums, Heuscheuer I.
- 20.00, Vortrag: "Hunger, Handel, Hintergründe", Referent: Michael Windfuhr (German Watch), im Rahmen der Aktionswoche Kaffee, HS 1, Neue Uni.
- 20.00, Filme "Eine verschlagene Welt" und "Violetta Clean", FS Jura, HS 13, Neue Uni.

Freitag, 05.02.

- 16.15, Vortrag: "Politische Ökonomie in Ostdeutschland - sektorale Variationen" von Prof. G. Lehbruch (Uni Konstanz) im Rahmen des IPW-Forums, Heuscheuer II.
- 20.00, Fete Islamwissenschaft, Triplex.
- 20.11, Faschingsfete der KSG, Neckarstadt 32.

Samstag, 06.02.

- 14.00, Demo gegen Mietwucher und Wohnraumzerstörung, Poststraße (Stadtbücherei).

Sonntag, 07.02.

- 18.30, Semesterabschlussgottesdienst der KSG in der St. Anna Kirche (Plöck).

Montag, 08.02.

- 20.00, Konzert, "Alineimen", Jiddische Lieder und Klezmer, Marstallsaal.

Dienstag, 09.02.

- 9.00, Kommission für das Bibliothekswesen (nichtöffentlich), UB.

Mittwoch, 10.02.

- 14.30, "Europäischer Binnenmarkt - Arbeitsmarkt für AkademikerInnen", Berufsinformationszentrum, Alte Berghheimer Str. 147, 4. OG.
- 16.00 Infostand zur Sternradtour auf dem Bismarckplatz (siehe Artikel in dieser Ausgabe).
- 19.30, Vortrag: "Grenzgänger über Grenzgänger: Max Webers 'Wissenschaft als Beruf' - Heute" von Prof. F. Tenbruck (Tübingen) im Rahmen des Interdisziplinären Formus, HS 9, Neue Uni.

Donnerstag, 11.02.

- 18.15, Vortrag: "The Problem of Tolerance in Feminist Theologie" von Prof. S. Heschel, Veranstaltung der Hochschule für Jüd. Studien, Ort: HS 5, Neue Uni.

Freitag, 12.02

- 11.30 und 19.00, Theater: "AIDS geht's los", Theatergruppe Thevomefüme, AIDS-Hilfe Heidelberg, Jugendtheater.
- 18.00, Konzert/Vorstellung des CD-Samplers mit Jail, Abigail, Bawdy House, u.a. (siehe Artikel), Initiative für ein Kulturcafé, INF 684 (Aula).
- 19.00, Theater (siehe unter 11.30 Uhr).

Samstag, 13.02.

- 11.00, Frauendemo in Bonn (in schwarzer Kleidung) gegen Vergewaltigung als Kriegswaffe, Münsterplatz in Bonn.

Donnerstag, 18.02.

- 19.00, Lesung der Literaturoffensive, Marstallsaal, Studihaus.

Freitag, 26.02.

- 18.00, Konzert/Vorstellung des CD-Samplers mit Groove Garden, Hey Nonny Nonny, Throb Throb, u.a. (siehe Artikel), Initiative für ein Kulturcafé, INF 684 (Aula).

Montag, 5.04.

- 20.00, Konzert "Element of Crime", INF 684 (Aula).

IMPRESSUM

UNIMUT - Zeitung an der Uni Heidelberg

Nr. 66 03. Februar 1993

UNIMUT erscheint: alle 2 Wochen(?)

Redaktionsschluß: Montags, 14⁰⁰ Uhr

Mitarbeit diesmal: Bern-Kai Garesée, Christiane, Kirsten, Christian, André, Bernd, Birgit, Holger, Katja, Monika, Petra, Uli, Oli, Stefan, Gabor, Judith.

Druck: Druckwalze GdBR

Auflage: 2500

LeserInnen-Beiträge: sind jederzeit erwünscht & sollten nur in Ausnahmefällen 2 DIN-A-4-Seiten überschreiten.

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Autor(in) verantwortlich! Die Redaktion behält sich sinnvermehrnde Kürzungen und kostenlose, orthographische Dienstleistungen vor!

v.i.S.d.P: F(ach)S(chaft)K(onferenz)
Lauerstraße 1
6900 Heidelberg
Tel.: 06221/542456/7

Uni Voll Ver samm lung

Studiengebühren?
Zwangsexmatrikulation?
Studi-Ticket?

Di, 9. Febr. 17.00 Uhr, Neue Uni

WSPF, Fachhochschule der Uni Heidelberg

Mit Chips gegen Hunger

[Unsere] nationalen Interessen hängen davon ab, daß uns der Zugang zum Keimplasma der Welt erhalten bleibt

Amerikanischer Saatgut-Handelsverband

Seit dem 27. Januar läuft in Northeim bei Göttingen die Anhörung zur ersten wirtschaftlich motivierten Freisetzung gentechnisch manipulierter Pflanzen. Antragstellerin ist die Firma Planta, eine Tochtergesellschaft der Kleinwanzlebener Saatgut KWS, Einbeck.

Konkret geht es um Zuckerrüben, die gentechnisch gegen eine Virusinfektion geschützt wurden und um Stärkekartoffeln mit angeblich vergrößerten Knollen und veränderter Stärkezusammensetzung. Die Pflanzen sollen auf Widerstandskraft und Anbaueigenschaften untersucht werden. Auch sollen sie so manipuliert sein, daß weniger Insektengifte einzusetzen wären.

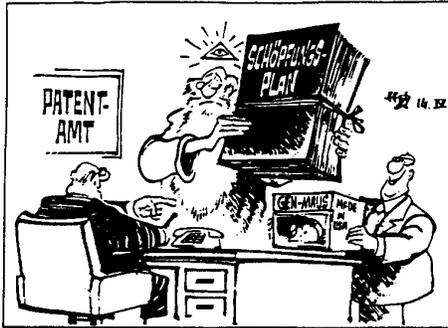
Das Verfahren wird vom Bundesgesundheitsamt (BGA), das auch die Genehmigungsbehörde ist, geleitet. Nach dem Gentechnikgesetz sollen die Argumente der EinwenderInnen der Entscheidungsfindung des BGA über den Antrag dienen. Allerdings hat das BGA bereits vor der Anhörung eindeutig Partei für die Industrie ergriffen.

Bereits bei Punkt 1 der Tagesordnung, Formalien, gab es zu, den Auftrag für die Auslegung mit vorbereitet zu haben. Lücken im Antrag wurden durchweg vom BGA gedeckt. Wesentliche Vorschläge der EinwenderInnen, z.B. zur Tagesordnung wurden kategorisch abgelehnt.

Als aufgrund der umfangreichen sachlichen Kritik der EinwenderInnen der für die Anhörung gesetzte Rahmen nicht ausreichte, wurde ein zusätzlicher Termin erforderlich. Die über 3000 EinwenderInnen wurden nicht, wie bei Anhörungen üblich, durch öffentliche Bekanntgabe über diesen Termin informiert. Ganz im Sinne der Industrie und nach Absprache mit dem juristischen Beistand der KWS und einer Juristin der Pharmafirma Schering gab das BGA am 27. abends gegen 19.00 vor den verbliebenen EinwenderInnen bekannt, die Anhörung auf Donnerstag, 28. Januar, und Freitag, 29. Januar, jeweils 8.00 vertagt zu haben. Die EinwenderInnen wurden hierüber nicht weiter gesondert unterrichtet. Die gesetzlich vorgeschriebene Anhörung mit Beteiligung der BürgerInnen verkommt so zur Farce. Die neu anberaumten

Termine konnten von zu wenig KritikerInnen besucht werden.

Was spricht generell gegen eine Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen?



„Tut mir leid, dieser Herr war vor Ihnen da!“

Bei jeder Freisetzung werden biologische und technische Sicherheitsmaßnahmen außer Kraft gesetzt. Wenn sich die Organismen oder ihr Erbgut in der Umwelt etablieren, sind Einflüsse auf Ökosysteme, Evolutionsprozesse und menschliche Gesundheit nicht mehr auszuschließen.

Die gegenwärtige Sicherheitsphilosophie geht davon aus, daß manipulierte Organismen mit ihren Ausgangsorganismen ökologisch identisch sind. Beide konkurrieren daher mit den gleichen ökologischen Nischen, aber die gentechnisch manipulierten schneiden schlechter ab und fänden daher auf Dauer keinen Lebensraum. Außerdem seien die ökologischen Systeme so stabil, daß sich Eindringlinge nicht festsetzen würden. Aus der derart postulierten örtlichen und zeitlichen Beschränkung der möglichen Verbreitung gentechnisch manipulierter Lebewesen wird ein minimales Risiko abgeleitet.

Diese Pauschalannahme ist nicht haltbar, die Risiken nicht kalkulierbar. Die veränderten Lebewesen müssen daher "rückholbar" sein. Hierfür ist keine pauschale, sondern eine differenzierte Risikokalkulation nötig. Grob kann man drei Risikoebenen unterscheiden.

1. Fehlschläge und Nebenwirkungen
Hierbei sind unerwarteten Eigenschaften (beispielsweise durch räumliche Veränderungen der Struktur des Erbguts, durch Mutationen oder Erbgutausaustausch zwischen Viren) vermutlich das geringste Risiko. Jedoch macht es die Komplexität des Erbguts unmöglich, auf lange Sicht Verhaltensänderungen auszuschließen.

2. Unkenntnis der Wechselwirkung mit der Umwelt

Selbst wenn die Eigenschaften der neuen Organismen unter Laborbedingungen bekannt sind, können sich unerwartete Wechselwirkungen mit nicht berücksichtigten Faktoren in der Umwelt ergeben. Ein Beispiel wären die "Killerbienen", die 1956 in Brasilien aus der Kreuzung von afrikanischen und europäischen Honigbienen entstanden. Diese Tiere stellen eine nicht vorhergesehene Gefahr für Wild- und Haustiere sowie Menschen dar.

Am weitreichendsten ist jedoch 3.

"Erfolg" und seine Folgen

3. Wirtschaftliche Konsequenzen: Es laufen Versuche, Pflanzen als Rohstofflieferanten für die Industrie zu züchten. Dies könnte dazu führen, daß in ca. 15 Jahren eine Zerteilung der Landwirtschaft in einen Nahrungsmittel liefernden und in einen Chemierohstoffe liefernden erfolgen. Die ökonomische Zwänge, bestimmte Sorten anzubauen, verringern die genetische Vielfalt. Hohertragsorten sind in der Regel hoch anfällig, es sei denn man kauft gleich das von der selben Firma hergestellte Gift mit. Neuerdings wird versucht, die Resistenz gegen bestimmte Schädlinge gleich mit zu manipulieren, preissteigernd versteht sich. Die Artenverarmung und die erwartete Zunahme von Monokulturen wird die Rückkehr zur ökologischen Versorgung der Bevölkerung, die relativ unabhängig von Importen, Giften und Devisen sein sollte, zunehmend erschweren.

Der Einbau von Insektengiften, die Verwendung gentechnisch hergestellten Höchstleistungs-saatguts - möglichst verbunden mit Herbizidresistenzen - beschleunigen die Industrialisierung der Landwirtschaft. Wird, wie geplant, die weltweiten Patentierbarkeit von Tieren und Pflanzen eingeführt, fällt den Pflanzenzuchtfirmen der "Ersten Welt" die Verfügungsgewalt über die Ernährungsgrundlage der "Dritten Welt" zu. (Multinationale Konzerne wie Shell oder ITT haben seit 1970 immerhin an die 1000 ehemals selbständige Saatgutfirmen aufgekauft...)

Die Folgen werden nicht nur im weiteren Sinne biologische oder ökologische sein, sondern vor allem sozioökonomische und politische:

Die Länder der "Dritten Welt" verbleiben in ihrer kolonialen Abhängigkeit von den Abnehmern, meist transnationalen Konzernen der "Ersten Welt": Sie liefern die Rohstoffe, aber die Verarbeitung, zumindest die Gewinn bringende Veredelung, erfolgt in der "Ersten Welt". Neuen Konkurrenz (nicht mehr Mais gegen Mais, sondern Maisstärke gegen Kartoffelstärke gegen Maniokstärke) schwächen die Position der Produzenten der "Dritten Welt" zusätzlich.

Patentrechte führen dazu, daß selbst bei gesteigertem Ertrag der finanzielle Erlös der Produzenten gleich bleibt oder gar schrumpft, da Lizenzgebühren abzuführen wären. Die strukturellen Voraussetzungen des Hungers, dessen Bekämpfung immer als Hauptargument für die Entwicklung neuer Sorten angeführt wird, blieben weiterhin erhalten und würden

sogar vertieft: Weiterhin würde vor allem für den Export produziert, Lebensmittel für die eingeborene Bevölkerung müßten importiert werden.

Sicherheitsbestimmungen

Ein Kritikpunkt der GentechnikgegnerInnen sind die angeblich zu aufwendigen Sicherheitsbestimmungen und Genehmigungsverfahren. Allerdings berücksichtigen Sicherheitsbestimmungen allenfalls Rückholbarkeit des Einzelorganismus nicht jedoch die politischer Entwicklungen.



die Initiative für ein Kulturcafé

ist auch in den Semesterferien für euch aktiv:

mit zwei Konzertfestivals am 12. und 26. Februar zur Vorstellung unseres CD-Samplers von und mit 15 Heidelberger Bands und mit 'Element Of Crime' am 5. April, der Band der Stunde, was deutschsprachige Musik angeht.

'HD-entRockt'

CD-Sampler mit 15 Heidelberger Bands

Nachdem die Nusikervereinigung 'THE BEATLESS' in den letzten Jahren schon zwei Sampler auf Cassette veröffentlichte und sich im SoSe '92 mit dem Kulturreferat der FSK und anderen Gruppen zur 'Initiative für ein Kulturcafé' zusammenschloß, sollte es dieses Mal schon eine CD sein. So wurden im Dezember die stadtbekanntesten Bands angeschrieben und über Neujahr in einem improvisierten Studio von Mr. Southfolk die Aufnahmen realisiert.

Dabei kam eine über 70 Minuten lange CD, mit verschiedensten Stilrichtungen von 'a capella' über Rock/Pop, Ska!, Independent/Folk bis Heavy Metal und Hardcore, heraus, die recht gut den Querschnitt des in Heidelberg Möglichen aufzeigt. (siehe auch 'Meier' S. 24)

Da wir Kultur und euren Geldbeutel fördern wollen kostet die CD nur 12 (!) DM (was in etwa unsere Unkosten deckt) und ist bei den Sampler-Feten und im gutsortierten Plattenhandel käuflich erhältlich. (oder für DM 12+2 bei THE BEATLESS, Max-Reger-Str.41, 69 HD)

Zur Vorstellung der CD gibt es nun die Sampler-Feten in der Aula INF 684, 18.00 Uhr, wobei der Eintrittspreis bei jeweils 8 bzw. 12 DM liegt:

Sampler-Fete Teil I

Die CD erscheint am 12. Februar während der **Sampler-Fete Teil I** in der Aula des Studentenwerkes im Neuenheimer Feld 684.

Hier zeigen die ersten 7 Bands zwischen 18.00 und 24.00 Uhr, was sie in jeweils 40 Min. sonst noch anzubieten haben:

Der 12. Februar ist dabei etwas rockiger, angefangen mit **Handmade** (Deutschrock), **Final Step** (Metal), **Howhowhow** (Pop), **Streetband Project** (akustisches), bis zu den Headlinern **Bawdy House** (Metal-Jazz), **Abigail** (Synthi-Pop) und der Tour-erprobten Hardcoreband **Jail**, die keine Langweiliger-Scorpions sind, sondern das Genre ganz schön weiterentwickelt haben.

Sampler-Fete Teil II

Am 26. Februar steigt die **Sampler-Fete Teil II** am gleichen Ort, zur gleichen Zeit wobei es hier mehr in Richtung Independent geht:

Um 18 Uhr **Wintercamping in Warschau** (Punk-Hardcore), danach **30 Zone** (Grunge-Pop), **Teasing a Sphinx** (innovativ-Pop) und die Festivalbekanntesten **Hey Nonny Nonny** (submarinblau...), **Inverness** (Gitarrenrock), **Groove Garden** (Funk-Pop) und zuletzt die (leicht) geniale Jazz-Core-Aktionsgruppe **Throb Throb**.

Bei den Konzerten leider fehlend, aber dennoch auf dem Sampler vertreten ist **Ngobo Ngobo** (Ska!), deren Plattenvertrieb recht nahe scheint.

ELEMENT OF CRIME

Am 5. April schließlich veranstalten wir das Heidelberg/Mannheimer Konzert der Deutschland-Tournee von **ELEMENT OF CRIME** um 20 Uhr in der Aula INF 684.

ELEMENT OF CRIME setzen mit ihrer neuen 'Platte des Monats' (Musik Express, Feb.'93) "Weißes Papier" mal wieder Maßstäbe was deutsche Texte angeht - 'melancholisch, sentimental, introvertiert, vom Weltschmerz besessen und so dunkel wie ein Berliner Hinterhof' ('Meier').

Musikalisch bewegen sich **ELEMENT OF CRIME** zwischen Folk, Pop und Kneipen-Chanson - oder ist es ein Jahrmarkt? Auch mit ihrer siebten Platte bleibt sie eine der innovativsten deutschen Bands, ihre - in der Umgebung - raren Konzerte sollte man sich nicht entgehen lassen.

Für 20 DM im Vorverkauf der FSK (ZFB, Lauerstr.1, tägl. 11-13 Uhr, in den Ferien Mi 14-16 Uhr) oder bei den bekannten Vorverkaufsstellen (+ VVK-Gebühr) oder für 24 DM an der Abendkasse.

Christian

Fr 12. Februar Sampler Fete Teil I
Fr 26. Februar Sampler Fete Teil II
jeweils 18 Uhr, INF 684, Eintritt 8 DM

Mo, 5. April, ELEMENT OF CRIME,
Aula des Studentenwerkes im Neuenheimer Feld 684, Einlaß 20 Uhr
Eintritt 20 bzw. 24 DM

unimut



Ort, Veranstalter: Kulturreferat der Fachschaftskontakts FSK

5.4.93

Aula im
Neuenheimer
Feld
684 • Hei-
delberg

Sampler-Release-Partie Teil II am 26.2. in der Aula / Neuenheimer Feld mit **Groove Garden**, **Inverness**, **Hey Nonny Nonny**, **Throb Throb**, **Teasing a Sphinx**, **30-Zone** und **Wintercamping in Warschau**. Ebenfalls ab 18.00.

Die Sampler-CD kann für 12 + 2 DM bestellt werden bei: THE BEATLESS, Max-Reger-Str. 41, 69 Heidelberg.

THE BEATLESS gibt sich die Ehre:
HD-entROCKT

ABIGAIL
STREETBAND-PROJECT
HOWHOWHOW
FINAL STEP
BAWDY HOUSE
HANDMADE

12.2. AULA IM NEUEN- 18.00
HEIMER FELD Einlaß 17.00
684 • Heidelberg

Initiative für ein Kulturcafé / FSK-Kulturreferat / THE BEATLESS

Dazu braucht es natürlich auch praktizierte Demokratie an den Hochschulen. Das heißt, die Entscheidungen innerhalb der Institution Hochschule müssen demokratisch - unter gleichberechtigten Mitgliedern - gefällt werden.

3.1 Demokratiedefizite im heutigen Wissenschaftsbetrieb

Die Machtposition der ProfessorInnen in allen Gremien führt zu 'Seilschaften' und 'Schulen' bei Berufungen, Begutachtungen und Forschungsmittelvergabe (Drittmittel). Die mangelnde Beteiligung der Nicht-ProfessorInnen, also Studierenden, wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, sowie fehlende Öffentlichkeit lassen eine demokratische Kontrolle nicht zu. Amterhöhung in den verschiedensten universitären und wissenschaftlichen Gremien führt zu Machtkonzentration und Machtmißbrauch. Die zu umfangreichen ministeriellen Vorgaben der Ministerien an die Hochschulen verhindert eigenständige Entscheidungen, die Hochschulen verkommen zu Verwaltungsapparaten. Studierende als zukünftige TrägerInnen gesellschaftlicher Verantwortung haben zur Zeit keine Möglichkeit, aktive demokratische Erfahrungen an den Universitäten zu sammeln.



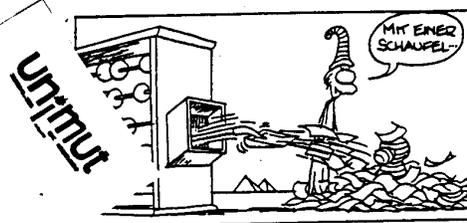
3.2 Lösungsvorschläge:

- Drittelparität nach den Gruppen Lehrende, Lernende und Sonstige.
- "Lehrende" umfaßt auch den in der Lehre aktiven Teil des Mittelbaus.
- Ämter nicht nur einer Statusgruppe vorbehalten.
- zur Verwirklichung gesellschaftlicher Zielsetzungen an der Hochschule müssen Beauftragte eingesetzt werden (z.B. Frauen, Umwelt..).
- Gremien tagen öffentlich.
- vom Land zugewiesener Globalhaushalt, der von den Hochschulen selbst verwaltet wird verlagert die Kontrolle vom Ministerium an die universitären Gremien und führt so zu sinnvollerer Verwendung.
- studentische Selbstverwaltung findet über die Verfaßte Studierendenschaft statt (mit Finanzhoheit und politischem Mandat).
- Einführung eines Aufsichtsrats an den Hochschulen.

4. Lehre an den Universitäten

Eine grundlegende Neugewichtung der Lehre an der Hochschule ist überfällig. Langfristiges Ziel muß eine allgemeine Aufwertung der Lehre sein. Über die grundlegende Forderung nach dem massiven personellen Ausbau der Lehre den Universitäten hinaus muß ein breites Spektrum an qualitätssteigernden und -überprüfenden Möglichkeiten aufgebaut werden.

- Erste Maßnahme: Habilitation durch Lehrbefähigungsüberprüfung ergänzen.
- Schaffung von hochschuldidaktischen Instituten an den Universitäten.



- An den Fakultäten: Kommissionen für die Lehre, die v.a. Lehrevaluationen (Veranstaltungsumfragen) durchführen sollen. Außerdem Koordination der Lehrveranstaltungen und Erstellung von Lehrgutachten für Berufungen.
- Sanktions- bzw. Belohnungsmechanismus: Bewertung der Lehrleistung der einzelnen Fakultäten durch hochschulweite Lehrkommission nach Punktesystem. Gemäß der so errechneten Lehrpunktzahl werden Gelder aus einem Lehrpool vergeben. [Fleißsternchensystem a la Grundschule... d.S.]
- Erstellung eines Studienplans u. Ausgestaltung einer sinnvollen Prüfungsordnung.
- Studiengesamtdauer Richtlinie, aber keine Sanktionen bei langer Studiendauer.
- Lehrleistung des Mittelbaus bei Beurteilung und Höhergruppierung mehr berücksichtigen.
- Gutachterstätigkeiten der Profs für Regierungen etc. ohne Honorar, damit sie nicht zur Hauptaufgabe werden.
- Sind von Seiten der Fakultät die Rahmenbedingungen für ein strukturiertes Studium angelegt, wird die Studiendauer zu einer bewußten persönlichen Entscheidung jeder und jedes Studierenden. Wer in kürzester Zeit studieren will, soll das genauso können, wie Leute, die sich für eine längere Verweilzeit an der Universität entschließen.

5. Forschung

Das Dogma der "Freiheit der Wissenschaft" schwebt durch das Grundgesetz (Artikel 5, Abs. 3) über jeder Debatte, die sich mit Forschung inner- und außerhalb der Universitäten beschäftigt. Die Forschung entzieht sich tatsächlich weitgehend der Möglichkeit strikter Reglementierung und Steuerung, soll sie in-

novativ und impulsgebend sein. Um die wichtige Forderung nach **Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung** mit realisierbaren Inhalten zu füllen, muß die Diskussion über Inhalte und Ausrichtung von Forschung bzw. die Vergabe von Forschungsmitteln viel stärker als bisher für die kritische Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die bisherige Praxis der Besetzung von Posten im Wissenschaftsrat, der Deutschen Forschungsgemeinschaft etc. und die Verteilung der Forschungsmittel entziehen sich zur Zeit jeder demokratischen Kontrolle und Einflußmöglichkeit. Als konkrete Forderungen sind hier zu nennen: Wahl statt Bestellung der Mitglieder in Wissenschaftsgremien, nur begrenzte Amtszeit (z.B. 3 Jahre, einmalige Wiederwahl möglich), personelle Entflechtung der Gremien und Öffentlichkeit der Sitzungen.

- Die Forschung muß wieder verstärkt in den Hochschulen stattfinden, denn die Lehre ist stark an die Qualität der Forschung gekoppelt.
- Reine Forschungsinstitute, die sich in Universitätsnähe befinden, müssen stärker in die Lehre eingebunden werden.
- Der Titel ProfessorIn darf nur dann getragen werden, wenn Lehrleistungen erbracht werden.
- Zur Verbesserung der Forschungsinfrastruktur muß ein/e VerwaltungsmanagerIn in den Fakultäten eingeführt werden, um die DekanInnen und InstitutsdirektorInnen von ihren Verwaltungsaufgaben zu befreien.
- Drittmittelforschung ist nicht grundsätzlich abzulehnen, muß aber an gewisse Grundregeln gebunden sein, v.a. öffentliche Kontrolle.

6. Gesellschaftliche Einbindung

6.1. Soziale Randbedingungen für Studierende

Ziel muß es sein, für Studierende materielle Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Konzentration auf das Studium ermöglichen.

- BAFöG, das sich an Bedarfsätzen des Studentenerwerbs orientiert und Elterneinkommensunabhängig ist.
- BAFöG auf Stipendienbasis für die Regelstudienzeit plus 2 Semester, bei Berücksichtigung der jeweiligen Studiensituation.



107 Walter Kurovski, 1982

- Ausreichender Wohnraum muß von Kommunen zur Verfügung gestellt werden.
- Es müssen ausreichend Kinderkrippen- und Kindergartenplätze zur Verfügung stehen.

6.2. Eintritt ins Berufsleben

Durch die bisherige Tarifstruktur und die gegebenen Aufstiegsmöglichkeiten vor allem im Öffentlichen Dienst, in dem die Länge der Ausbildung als Qualifikationsmaßstab benutzt wird, werden die Studierenden dazu verleitet, lange auf der Hochschule zu bleiben, obwohl sie bereits in das Berufsleben eintreten könnten.

- Stattdessen sollte der Abschluß bewertet werden.
- Angleichung der Aufstiegsmöglichkeiten für verschiedene Abschlüsse.
- Ermöglichung eines Einstiegs ins Berufsleben für StudienabbrecherInnen, wobei die Zeit an der Hochschule berücksichtigt wird.

André, Bernd, Birgit, Christiane, Holger, Katja, Monika, Petra, Uli

Wer Interesse an der vollständigen Version des Thesenpapiers hat, kann dies im Zentralen Fachschaftenbüro in der Lauerstraße 1 bekommen.

uni mut

Nr. 66

ZEITUNG A^N DER

UNI HEIDELBERG

3.2.1993



Vollversammlung

Am Dienstag, den 9.2.1993 findet ab 17.00 in der Aula der Neuen Uni eine Vollversammlung statt. Hauptthema wird die Bildungspolitik sein. Seit längerem wird eine Reform des Hochschulwesens diskutiert. Diverse Gremien auf Bundes- und Landesebene haben bereits Stellung bezogen. Nur von denen, die direkt betroffen sind, war bisher nicht viel zu hören: Den Studierenden. Inwieweit unsere Interessen bei dem anstehenden Bildungsgipfel - auf dem sicher kein Geld verteilt wird, sondern nach Sparmöglichkeiten Ausschau gehalten werden wird - berücksichtigt werden, hängt entscheidend davon ab, ob sich jetzt Studierende zahlreich und lautstark zu Wort melden.

Wenn wir Studierenden hierzu keine Meinung haben und uns nicht äußern, dann entmündigen wir uns nicht nur selbst, sondern stehen vielleicht in einem Jahr auch wie unvermutet! - vor einem Scherbenhaufen.

Was wird diskutiert? Hier zur Erinnerung noch einmal die wichtigsten "Reform"vorschläge:

- Auswahlverfahren durch die Universitäten
- Beschränkung der Studienzeit auf die Regelstudienzeit
- Exmatrikulation bei Überschreitung der Regelstudienzeit um x (variabel) Semester; wird eine Prüfung nicht innerhalb der geforderten Frist abgelegt, gilt sie als einmal nicht bestanden.
- Zentrale verbindliche Eckdaten für jeden Studiengang (z.B. feste Prüfungstermine und Prüfungsfristen) und somit Abbau eigener Gestaltungsmöglichkeiten der Studierenden und Lehrenden zugunsten verschulter, stark vorgegebener Studiengänge
- Massive finanzielle Belohnung der Universitäten und ProfessorInnen, die die kürzesten Studienzeiten liefern, Sanktionierung derjenigen, die lange Studienzeiten aufweisen.
- Zweiteilung des Studiums in einen ent-wissenschaftlichen, anwendungsorientierten Teil mit erstem Abschluß und einen daran anschließenden wissenschaftlichen, theoretisch fundierten Teil, alternativ:



285 Jupp Wolter: Kultusminister-Konzil: Geduld! Wir sind ja alle Mann bei der Arbeit! 1969.

uni pharm ex 100 ®

Studienzeitblocker

Gegen unfähige, studienunwillige und unmotivierte Studierende.

Zu Risiken und Nebenwirkungen informieren Sie sich bitte auf der uniweiten Vollversammlung am Di, 9. Februar um 17.00 Uhr in der Aula der Neuen Universität am Universitätsplatz oder fragen Sie Ihre Fachschaft.

Arzneimittel für PolitikerInnen unzugänglich aufbewahren.

VfStF: Fachschaftskollegium der Universität

- Verlagerung der wissenschaftlichen Bildung in Promotionsstudiengänge oder Graduiertenkollegs; Aufnahmevoraussetzung: kurze Studienzeit als Qualitätsmerkmal
- Einschränkung von Fachwechsellern, Zweit-, Doppel- und Aufbaustudiendurch Gebühren und/oder Auswahlverfahren.
- Studiengebühren für alle; alternativ:
- Studiengebühren bei Überschreiten der Regelstudienzeit
- Ausbau der Fachhochschulen durch Verlagerung von Mitteln und Stellen aus den Universitäten an die FHen.
- Zentralisierung der Hochschulverwaltung, Verlagerung von Entscheidungskompetenzen von Fachbereichen und Hochschulen auf Bundes- bzw. Länderebene; alternativ:
- Dezentralisierung der Verwaltung, Stärkung der Kompetenzen der Universitäten [d.h. derjenigen, die dort die Macht haben und das sind zur Zeit die ProfessorInnen d.S.]

Auf der Vollversammlung soll auch ein Meinungsbild zum Studiticket abgefragt werden. Der derzeitige Stand ist nämlich, daß sich der Verkehrsverbund VRN kaum zu einer Halbfahrpreislösung bewegen läßt (was sich aus einer Gesprächsrunde vor zwei Wochen ergab).

Für das die FSK war die Halbfahrpreislösung allerdings bisher Voraussetzung in den Verhandlungen mit dem VRN. Wir stehen jetzt vor der Entscheidung das "schlechtere" Angebot des VRN anzunehmen, um im Wintersemester dieses Jahres (definitiv) ein Studiticket zu realisieren, oder weiterzuverhandeln, was aber v.a. im Hinblick auf Gesetzesänderungen noch mindestens zwei Jahre in Anspruch nähme.

Es liegt also an Euch:

Wollt Ihr zum WS '93 einen um 20 DM erhöhten Semesterbeitrag bezahlen und damit das Recht erhalten, Euch für weitere 100 DM ein Halbjahresticket für den gesamten Verkehrsverbund Rhein-Neckar kaufen zu können? (20+100-Modell).

(Mit der Option später evtl. ein 30+20- oder 30+40-Modell einzuführen) oder

sollen wir weiterverhandeln um vielleicht in zwei Jahren ein viel besseres Angebot (unterstützt durch Landesmittel) zu erreichen?



Auf nach Magdeburg

Semesterferien - Zeit der Muße -
Zeit des Besinnens ?

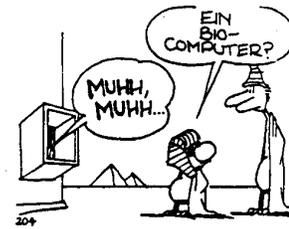
Ich will zwar nicht sagen, daß stets Semesterferien die Freiräume anbieten, die das Wort "Ferien" versprechen könnten, trotzdem aber gibt es in dieser Zeit für einige (nicht wenige) StudentInnen ungewohnte Mußbestunden!

"Mal was anderes machen", "Etwas sinnvolles!", "Vielleicht mal was für den Umweltschutz" hört man sie dann sagen, doch gleich darauf ein "Wie?", "Wann?", "Mit wem?". Keine Antwort folgt, und so bleibt zu guter Letzt nur der Stoßsäufer "Na gut, dann mach' ich eben den Sprachkurs in Frankreich".

Ein unlösbares Problem? Keineswegs, denn die längst totgesagte Umweltbewegung in Deutschland weis Rat:

Auf's Rad gesetzt, in die Pedale getreten und schon Umweltschutz gemacht! Dieses seltene Angebot bietet "AUFTAKT", die bundesweite Sternradtour mit anschließende Umweltfestival:

Unter den Motto "Mobil ohne Auto" ist es bereits '91 gelungen bis zu 7000 verkehrsökologisch orientierte FahrradfahrerInnen auf der Route Bremen-Rostock auf die Straße zu bringen! So sollen auch dieses Jahr ökologisch denkende Menschen mobilisiert werden, auf einer der bundesweit startenden Routen mitzufahren.



Sowohl die Fahrradtour wie auch das sich anschließende Festival bieten sicher eine schöne Möglichkeit, seine Freizeit sinnvoll und mit viel Spaß zu verbringen. Jeder kann sich der Heidelberger Tour anschließen, ebenso gibt es die Möglichkeit an diesen Tagen auch an Aktionen teilzunehmen, die auf verkehrsökologische Konzepte und Ideen aufmerksam machen sollen. Wer will kann natürlich auch mit der Bahn direkt zum Festival am 28.7.93 fahren.



Das Projekt AUFTAKT wird von einer Vielzahl von Vereinen und Verbänden unterstützt, so z.B. den BUND, die NATURSCHUTZJUGEND, der VERKEHRSSCLUB DEUTSCHLAND, das DEUTSCHE JUGENDERBERGSWERK, ebenso von der niedersächsische Umweltministerin Frau Griefahn. Schirmherr von AUFTAKT ist der Zukunftsforscher Prof. Dr. Robert Jungk.

Anmeldeunterlagen zum Umweltfestival und/oder Fahrradtour sollten möglichst bald über die unten angegebene Adresse angefordert werden:

BUND-Heidelberg
Hauptstraße 42
6900 Heidelberg
Motto "Auftakt"(Postkarte genügt/ Absender nicht vergessen!).
(Tel.:06221/ 182631)



Anmerkungen

zum lebendigen Geist

Einige kritische Anmerkungen zu "Dem lebendigen Geist"

■ Ein bißchen zu pathetisch scheint der Titel zu sein für einen Entwurf, der sich mit dem vorher Gedachten nicht auseinander setzt.

■ zu 1. Grundgedanken: die Betonung der "individuellen Person" bzw. des "individuellen Anspruchs" übernimmt unreflektiert die Vereinzelung der StudentInnen und die Ideologie der unbeschränkten Aufstiegschancen einzelner - ein durchaus fragliches Denkmodell. Die Aufnahme von "Anspruch" auf Bildung übernimmt mit diesem Wort die konservative Kritik am sog. "Anspruchsdenken" - in Wahrheit geht es doch um ein Recht auf Bildung!

■ zu 2.1. Hochschulzugang: Die Öffnung der Universitäten wird voll mit der besseren Verwertbarkeit der Arbeitskraft durch erweiterte Bildung (z.B. "die ... ihr Wissen wieder auf den neuesten Stand bringen müssen") und Schlüsselqualifikationen begründet, nicht mit einem Recht auf Bildung oder dem persönlichen, unverwertbaren Interesse daran. Studentische Positionen waren da schon mal weiter.

Bernd-Kai Garesée

Der neue §218

Am 3.2.1993 veranstaltet die Fachschaft Jura eine Podiumsdiskussion zum Thema: "Der 'neue' §218 - Chance oder Gefahr?" Als DiskussionssteilnehmerInnen haben Prof. Eser, Prof. Stürner, Frau Rahardt-Vahldieck und Herr Dr. Dinkel zugesagt. Herr Eser, Strafrechtsprofessor an der Uni Freiburg, fungierte bei den Verhandlungen des BVerfG über den §218 als Sachverständiger der Bundestagsmehrheit, die im Sommer das Schwangers- und Familiengesetz, das die Fristenregelung mit Beratungspflicht beinhaltet, verabschiedet hat. Dieselbe Seite vertritt Frau Rahardt-Vahldieck als Mitverfasserin des Gruppenantrags des Bundestages zu diesem Gesetz.

Herr Stürner, ebenfalls Professor an der Uni Freiburg, war bei den Verhandlungen in Karlsruhe Sachverständiger der CDU/CSU, die gegen das Schwangers- und Familiengesetz Klage vor dem BVerfG erhoben hatte.

Dr. Dinkel, ein Arzt aus Heilbronn, wurde uns von der Vereinigung "Ärzte für das Leben" vorgeschlagen, er tritt aber als unabhängiger Sachverständiger auf. Wir hoffen, daß bei dieser Gesprächsrunde nicht nur auf der juristischen Ebene diskutiert wird, sondern daß die Diskussion auch lebensnah und realistisch geführt wird.

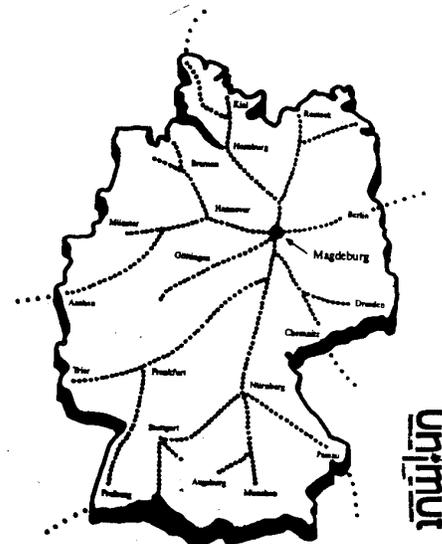
Insofern hoffen wir auf ein breites Interesse auch bei Nichtjuristen, da die Diskussion wesentlich auch von den Fragen der ZuhörerInnen bestimmt werden wird.

Judith Ensminger

Seite 6

Die Sternradtouren beginnen am 18.7.93 in Freiburg und enden am 28.7.93 in Magdeburg. Die Tour erreicht Heidelberg am 20.7.93. Es werden ca. 1000 TeilnehmerInnen aus der Schweiz und aus Südbaden hier erwartet.

Zusammen mit den TeilnehmerInnen aus Heidelberg startet die Tour dann am Morgen des 21.7.93 Richtung Magdeburg. Dort treffen alle Sternradtouren aus ganz Deutschland und auch die internationalen Routen zusammen. Die TeilnehmerInnen finden sich zu einem 5-tägigen Umweltfestival ganz besonderer Art zusammen: Die TeilnehmerInnen sind es, die das Festival gestalten, nicht festengagierte Gruppen! So werden Schülerbands, Pantomimegruppen oder Performance-künstler aller Couleur gesucht, die in Sachen Umweltschutz etwas aussagen möchten. Das Festival lebt von den TeilnehmerInnen. Es wird einen "Markt der Möglichkeiten" geben und mehrere Bühnen auch für spontane Auftritte. Weiterhin wird es viele Arbeitskreise zu ökologischen und politischen Themen geben. Natürlich setzt das Festival auch ökologisch neue Maßstäbe. Es wird keinen Raum für Autos geben, Einwegverpackungen werden auf diesen Festival natürlich tabu sein, Essen aus dem ökologischen Landbau ist eine Selbstverständlichkeit. Das Festival soll aber nicht auf das Thema Ökologie beschränkt bleiben. Auch zu anderen wichtigen Themen soll es Aktionen geben. So wird AUFTAKT auch der Auftakt zu einer bundesweiten Stop-Rassismus-Kampagne sein.



unimur